

**Projektland: Argentinien****Quartal/Jahr: April bis Juni 2010****Schlagzeilen:****Rücktritt von Außenminister Taiana****Mauricio Macri: Skandal um illegale Abhörungsmanöver****200-Jahrfeier der Mairevolution****Nestor Kirchner neuer Generalsekretär der UNASUR****EU-Lateinamerika Gipfel 2010****Debatte um Lohnerhöhungen****Getrübte Handelsbeziehungen mit dem großen Nachbarn****Innenpolitik****Rücktritt von Außenminister Taiana**

Am 18.06. trat der argentinische Außenminister Jorge Taiana überraschend von seinem Amt zurück. Offiziell wurde dies mit Differenzen und fehlender Unterstützung durch die Präsidentin Cristina Kirchner begründet. Eigentlicher Hintergrund sind angeblich die Korruptionsvorwürfe gegen hohe Beamte, die den Handel zwischen Argentinien und Venezuela lenkten. Taiana wollte einer entsprechenden Aufklärung des Sachverhaltes Nachdruck verleihen. Neuer Außenminister ist Héctor Timerman, der bislang als argentinischer Botschafter in den USA eingesetzt war. Der Korruptionsverdacht zieht jetzt ein Untersuchungsverfahren in der Abgeordnetenkammer nach sich, bei dem auch der ehemalige argentinische Botschafter in Venezuela, Eduardo Sadous, vorgeladen wurde. Das argentinische Planungsministerium soll - an Außenministerium und Botschaft vorbei - die Handelsbeziehungen argentinischer Unternehmen mit Venezuela in der Hand gehabt haben. Für die Realisierung der Geschäfte wurden hohe Kommissionen verlangt.

Mauricio Macri: Skandal um illegale Abhörungsmanöver

Der regierende Bürgermeister von Buenos Aires, Mauricio Macri, steht seit Ende Mai im Brennpunkt der Justiz. Grund dafür ist der Abhörskandal um den „Spion“ Ciro Jones. Nach Meinung des zuständigen Bundesrichters Oyarbide sei Macri „notwendigerweise“ an einer „widerrechtlichen Vereinigung“ beteiligt, die für Telefonanzapfungen verantwortlich gehalten wird. Unter den Betroffenen war unter anderen Macris Schwager Néstor Leonardo. Als Indiz für Macris Verstrickung wertete Oyarbide den Umstand, dass James wenige Wochen nach

Beginn der Abhöraktion eine Anstellung im Erziehungsministerium der Hauptstadt erhielt. Dies ist das erste Mal in der Geschichte des demokratischen Argentiniens, dass ein ranghoher Politiker während seiner Amtszeit angeklagt wird. Einen Rücktritt schließt Macri jedoch aus. Er streitet seine Beteiligung ab und vermutet „politische Motive“, die Richter Oyarbide zur Anklage veranlassten. Einzelne Abgeordnete von Macris Partei PRO leiteten rechtliche Schritte gegen den Richter wegen vermuteter Befangenheit ein. Der Skandal um Macri bringt das Präsidentenpaar und den Bürgermeister in eine öffentliche Konfrontation. Diese könnte Macri in der öffentlichen Meinung für dessen politische Aspirationen in 2011 schaden oder auch nutzen. Letzteres wäre dann der Fall, sollten sich die politischen Motive hinter dem Gerichtsverfahren erhärten.

„Politikbarometer 2011“

In die Spekulationen um die Kandidaten für die Präsidentschaftswahlen in 2011 kommt langsam Bewegung. Um sich als Präsidentschaftskandidat aufstellen zu lassen, müssen die Kandidaten in parteiinternen Wahlen bestätigt werden. Nestor Kirchner gab bekannt, sich innerhalb der PJ (Partido Justicialista) zur Wahl zu stellen. Innerhalb der Partei gibt es jedoch noch einen „Anti-Kirchner Flügel“ (PJ Disidente oder Peronismo Federal - PF). Im PF kämen Carlos Reutemann (Senator für Santa Fé), Francisco de Narváez (Abgeordneter der Provinz Buenos Aires), Eduardo Duhalde (ehem. Präsident), Felipe Solá (Fraktionschef des PF) und Mario das Neves (Gouverneur der Provinz Chubut) als mögliche Kandidaten in Frage. Unklar war bis jetzt, ob die „disidentes“ an einem Strang ziehen würden. Um Einigkeit zu demonstrieren, fand Anfang Juni ein Treffen des PF statt. Dabei beschlossen die Mitglieder, ihre Kräfte zu bündeln und sich auf einen gemeinsamen Kandidaten für die internen Vorwahlen im August 2011 festzulegen. Offen bleibt weiterhin, ob dieser Kandidat innerhalb der PJ oder in einem eigenen Wahlbündnis antreten wird. De Narvaez soll gemäß den jüngsten Absprachen für den Gouverneursposten der Provinz Buenos Aires kandidieren. Mauricio Macri, der amtierende Bürgermeister von Buenos Aires, wird für PRO (Propuesta Republicana) ins Rennen gehen. Macri könnte jedoch auch ein Wahlbündnis mit dem PF anstreben. Dem stehen die Mitglieder dieser Gruppierung jedoch mit unterschiedlichen Meinungen gegenüber. Vor allem der Chef des PF, Felipe Solá, sprach sich gegen ein Bündnis mit Macri aus: „Macri ist schließlich kein Peronist und die PJ war auch noch nie rechtskonservativ!“

Für die UCR (Union Civica Radical) kommen als mögliche Kandidaten der aktuelle Vizepräsident Julio Cobos und Ricardo Alfonsín (Abgeordneter für die Provinz Buenos Aires) in Frage. Bei den Wahlen zum Vorsitzenden der UCR in Buenos Aires ging Alfonsín Anfang Juni als klarer Sieger hervor. Dessen politischer Erfolg innerhalb der Partei wird als klares Zeichen einer Kandidatur für das Präsidentenamt in 2011 gewertet. Cobos will bei den parteiinternen Vorwahlen dennoch gegen ihn antreten.

Ende Juni wurde das in 2009 beschlossene Parteiengesetz umgesetzt, welches die Parteien nun dazu verpflichtet, Wahlallianzen bis 60 Tage vor den internen Wahlen am 14.08.2011 bekannt zu geben.

200-Jahrfeier der Mairevolution

Vom 22. bis 25. Mai fanden im ganzen Land Feierlichkeiten anlässlich der 200-Jahrfeier der Mairevolution statt. Während der Feiertage waren Millionen Menschen auf den Straßen. Es wurden Konzerte, die Wiedereröffnung des Teatro Colón, die erste große Militärparade seit dem Ende der Militärdiktatur 1983 und viele weitere Veranstaltungen in der Hauptstadt und dem ganzen Land geboten. Der 25. Mai bildete den Höhepunkt und Abschluss der Feiern. Präsidentin Kirchner empfing sieben Staatschefs des Subkontinents (aus Bolivien, Brasilien, Chile, Ecuador, Paraguay, Uruguay und Venezuela) und zahlreiche weitere Gäste aus dem Ausland. Unter diesen war auch die Grünen-Politikerin Ingrid Hönlinger, Vorsitzende der Deutsch-Südamerikanischen Parlamentariergruppe, als Repräsentantin der Bundesrepublik vertreten. Während ihrer Rede sprach Cristina Kirchner davon, dass es dem argentinischen Volk heute besser gehe als vor 100 Jahren. Zudem rief sie die Völker Südamerikas zur

weiteren Integration auf und machte den territorialen Anspruch Argentiniens auf die Falklandinseln deutlich. Trotz des Lobes der Präsidentin gab es in den Medien viele kritische Betrachtungen über die Entwicklung Argentiniens in den letzten 100 Jahren. Vor allem in der wirtschaftlichen Entwicklung haben andere Staaten des Subkontinents einen deutlichen Vorsprung. So ist das BIP pro Kopf von Chile in den letzten 100 Jahren um 592% gestiegen, das von Brasilien sogar um 980%. Im Gegensatz dazu steht Argentinien mit 272% eher schlecht da. Auch die Katholische Kirche meldete sich anlässlich des Staatsjubiläums zu Wort. Sie drängt auf mehr Einigkeit in der Politik. Erzbischof Agustín Radrizzani forderte in seiner Predigt eine bessere Verteilung des Reichtums, eine höhere Qualität der staatlichen Institutionen, mehr Transparenz, Justiz und Föderalismus. Zugleich verlangt er einen ehrlichen Dialog innerhalb des Staates und einen Konsens, der über Parteipolitik und persönliche Interessen hinausgeht.

Gleichgeschlechtliche Ehen in Argentinien?

Am 14. Juli soll im Senat darüber abgestimmt werden, ob es ein Gesetz zur Eheschließung von Homosexuellen geben wird. Dieses Gesetz wurde bereits Mitte Mai in der Abgeordnetenversammlung auf den Weg gebracht und hat seitdem viele Kontroversen im ganzen Land ausgelöst. Von Seiten der Bevölkerung gab es sowohl für als auch gegen das Gesetz Demonstrationen. Im Namen der Kirche sprach sich Erzbischof Agustín Radrizzani gegen die gleichgeschlechtliche Ehe aus. Genau genommen handelt es sich um zwei Gesetzesentwürfe. Der erste Entwurf würde die Homosexuellen-Ehe mit der traditionellen rechtlich gleichstellen, d.h. auch die Adoption von Kindern und künstliche Befruchtungen zulassen. Der Gegenentwurf würde lediglich die Eintragung als Lebenspartnerschaft ermöglichen, welche nur ein Minimum an Rechten und Pflichten verleiht. Im zuständigen Senatsausschuss findet bis jetzt nur der Gesetzesentwurf für eine eingetragene Lebenspartnerschaft mehrheitliche Zustimmung.

Außenpolitik

Streit mit dem Nachbarn Uruguay um Zellulosefabrik beigelegt?

Ende April gab der Internationale Gerichtshof in den Haag sein Urteil über die Zellulosefabrik der finnischen Firma Botnia, welche auf der uruguayischen Seite des Río Uruguay steht, bekannt: Die Fabrik muss nicht geschlossen werden. Die argentinische Seite konnte nicht nachweisen, dass die Fabrik die Umwelt erheblich belaste. Uruguay wurde jedoch dazu verpflichtet, die Einhaltung der vorhandenen Umweltauflagen streng zu kontrollieren. Die Regierungen in Buenos Aires und Montevideo hatten schon im Voraus angekündigt, das Urteil des Internationalen Gerichtshofs zu respektieren. Argentinische Umweltschützer blockieren seit 2007 eine Brücke zwischen den beiden Ländern, um gegen die Fabrik zu protestieren; dies zu Lasten des Gütertransportes zwischen den beiden Ländern. Erst Mitte Juni trafen die Umweltschützer die wohl historische Entscheidung, die Brücke, zumindest für 60 Tage, für den Verkehr freizugeben. Die Aktivisten wollen jedoch weiterhin einen Streckenposten aufrechterhalten. Die Umweltschützer fühlen sich von der argentinischen Regierung verraten, da diese den Protest zuerst unterstützt hatte, nach dem Urteil des Internationalen Gerichtshofes jedoch umschwenkte. Eine dauerhafte Aufhebung der Blockade ist Voraussetzung für eine Verbesserung des angespannten Verhältnisses zwischen den Nachbarländern.

Beziehungen zwischen Argentinien und Venezuela

Anlässlich der 200-Jahrfeier zur Unabhängigkeit Venezuelas sprach auch die argentinische Präsidentin vor dem venezolanischen Parlament. In ihrer Rede betonte sie, die Völker Südamerikas ständen vor einer zweiten Unabhängigkeit, einer „eigenen unabhängigen Staatengemeinschaft“. Warum Kirchner als einziges ausländisches Staatsoberhaupt eine Rede an einem nationalen Feiertag halten durfte, ist umstritten. Kirchner setzt sich für den Eintritt Venezuelas in das Wirtschaftsbündnis Mercosur ein. Andere teilnehmende Staats-

und Regierungschefs waren: Evo Morales (Bolivien), Roosevelt Skerit (Dom. Rep.), Raúl Castro (Kuba) und Daniel Ortega (Nicaragua).

Nestor Kirchner neuer Generalsekretär der UNASUR

Am 4. Mai 2010 fand die Wahl des neuen Generalsekretärs der UNASUR in Argentinien statt. Die UNASUR (Union Südamerikanischer Staaten) vereinigt 12 südamerikanische Länder und wurde 2008 gegründet. Im Vorfeld der Wahlen gab es einige Diskussionen darüber, ob Uruguay den Argentinier Nestor Kirchner als Kandidaten unterstützen würde. Letztendlich wurde Nestor Kirchner ohne Gegenstimme gewählt. Kirchner soll die Union mit Sitz in Quito zwei Jahre lang leiten. Fraglich ist, ob er das Amt des Generalsekretärs mit dem eines Abgeordneten (im nationalen Kongress) und Parteichefs (PJ) vereinbaren kann. Zu diesem Zweck eröffnete Kirchner ein Büro für die UNASUR in Buenos Aires.

EU-Lateinamerika Gipfel in Madrid

In Madrid fand vom 16.-18. Mai der EU-Lateinamerika Gipfel statt. Im Rahmen des Gipfels gab es auch ein Treffen zwischen der EU und dem Mercosur („Mercado Común del Sur“). Der Gemeinsame Markt Südamerikas wurde 1991 als Wirtschaftsbündnis zwischen Argentinien, Brasilien, Paraguay und Uruguay gegründet. Auf dem diesjährigen Treffen vereinbarten EU und Mercosur, die Verhandlungen über ein Freihandelsabkommen - nach vier Jahren Stillstand - im Juli 2010 wieder aufzunehmen. Die Verhandlungen waren von einigen EU-Ländern bis jetzt blockiert worden, da diese Nachteile für ihre Bauern befürchteten. Auf Seiten des Mercosur erschwerten Integrationshemmnisse ein einheitliches Auftreten der Region. Die argentinische Präsidentin ging während des Gipfels auf die Einfuhrbeschränkungen für Lebensmittel aus Brasilien ein. Sie verteidigte ihre Position damit, dass es Protektionismus nicht nur in Form von Einfuhrbeschränkungen gäbe. Subventionen zur Förderung einheimischer Produkte hätten den gleichen Effekt. Diese Argumente richteten sich jedoch nicht nur gegen Brasilien, sondern auch gegen die EU. Grundgedanke des Mercosur ist es, einen einheitlichen Markt zwischen den Mitgliedsländern zu schaffen, der Wirtschaftswachstum und regionale Stabilität fördert. Kritiker bezweifeln die Existenz eines gemeinsamen Marktes. Vor allem Brasilien und Argentinien behindern sich gegenseitig durch Importrestriktionen. Zum Abschluss des Gipfels gab es eine Einigung darüber, dass die EU und Lateinamerika im Kampf gegen die Finanz- und Wirtschaftskrise ihre Märkte weiter öffnen und ihre Handelsbeziehungen ausbauen wollen.

Wirtschaft und Handel

Trotz der andauernden Wirtschaftskrise wird es laut Cristina Kirchner kein Sparprogramm für Argentinien geben. Mit einem harten Sparkurs mute man dem Volk ein untragbares Opfer zu, so die Präsidentin. Aufgrund der Erhaltung des Binnenkonsums sei die Krise sanft am Land vorbeigegangen. Die Umstände in Argentinien liegen aber auch anders als in der EU oder den USA. Hauptgrund hierfür ist ein wenig entwickeltes Bankensystem. Dennoch ist das Bruttoinlandsprodukt 2009 gemäß unabhängigen Schätzungen um 4% gesunken, laut dem statistischen Amt andererseits leicht gestiegen. Die Arbeitslosigkeit stieg dabei nicht, vor allem weil die Beamtenzahlen stark erhöht wurden. Dieses Jahr könnte das BIP relativ um etwa 8% steigen, wenn man von einem gesunkenen BIP 2009 ausgeht. Dieser konjunkturelle Aufschwung liegt hauptsächlich an der hohen Ernte, die zu guten Preisen verkauft werden kann. Der Konsum wird auch durch erhebliche Lohnerhöhungen und steigende Staatsausgaben angekurbelt. Allerdings wird die momentan steigende Inflation als Ergebnis der aktuellen, massiven Lohnerhöhungen gewertet. So hat die Gewerkschaft der Bankangestellten eine Lohnerhöhung von 23,5% durchgesetzt, die Lebensmittelindustrie 35,2%, die Gastronomie 35%, wobei die Gewerkschaft der Gerbereiarbeiter ein Rekordplus von 49% erreichte. Da 2011 Wahljahr ist, wird sich die Regierung vermutlich nicht für eine harte Haltung gegenüber den Gewerkschaften einsetzen. Bei einer real weiter steigenden Inflation bricht jedoch an einem bestimmten Punkt auch die Konjunktur ein.

Konflikt um Lebensmittelimporte aus Brasilien

Der argentinische Binnenhandelssekretär Guillermo Moreno wies Anfang Mai Supermärkte mündlich an, keine importierten Lebensmittel anzubieten, die mit lokalen Produkten konkurrieren. Da diese Anweisung jeglicher legalen Grundlage entbehrte, verwiesen die Supermärkte auf noch aufzubrauchende Lagerbestände. Daraufhin veranlasste Moreno beim Zollamt einen Stopp der Lebensmittelimporte aus Brasilien und strich auf der Liste der Kontrollbehörde für Lebensmittel (ANMAT) diejenigen Importe, die er für unnötig hielt. Die ANMAT-Beamten beugten sich dem Druck Morenos. Daraufhin erhob die brasilianische Regierung Protest. Die Importsperrverletzung nicht nur die Bestimmungen des Mercosur, sondern auch die der Welthandelsorganisation. Moreno behauptete, die Handelsbilanz verbessern zu wollen. Kurz vor dem EU-Lateinamerika Gipfel hatte Argentinien die Behinderungen der Importe wieder reduziert. Ob Argentinien seiner diesjährigen Funktion als Vorsitzland des Mercosur damit gerecht wird, ist zu bezweifeln.

Handelskonflikt zwischen China und Argentinien

Die chinesische Regierung übt in Handelsfragen weiterhin Druck auf Argentinien aus. Chinesische Regierungssprecher warnten vor einer Verschlechterung der Beziehungen zwischen den beiden Ländern. Was dies konkret bedeutet, ist unklar. China wird in diesem Jahr aufgrund schlechter Ernten und eines steigenden Bedarfs kaum auf argentinische Sojabohnen verzichten können. Die stellvertretende Direktorin für den Handel Chinas mit Amerika bezeichnete die zu hohen Preise für chinesische Produkte in Argentinien als Diskriminierung. Damit verletze Argentinien internationale Verpflichtungen. Schließlich hatte Argentinien 2004 den Status Chinas als Marktwirtschaft anerkannt.

Gezeichnet: Dr. Mariella Franz, Projektleiterin

Herausgeber: Christian J. Hegemer, Leiter IBZ
 Autor: Dr. Mariella Franz, Projektleiterin; Vera Wortmann, Praktikantin
 Lazarettstr. 33 – 80636 München –
 Tel.: +49 (0)89 1258-0 – Fax: +49 (0)89 1258-359
 E-Mail: grundsatzreferat@hss.de – Homepage: www.hss.de
 Erstellt am: 7. Juli 2010